

Tagungsbericht

Bericht über die Tagung "Frauen erobern Europa!?" in Bremen vom 30.11 bis 2. 12.

"Frauen erobern Europa!?" Dies war das Motto des Frauen-Europa-Kongresses, der vom 30.11. bis 2. 12.1993 in Bremen stattfand. "In diesem Congress-Titel mischen sich Begeisterung und Skepsis. Das Ausrufezeichen steht für die Erfolge, die die Frauen in allen Ländern Europas erzielt haben. Es steht für den Willen, die Lage der Frauen, so unterschiedlich sie in den einzelnen Ländern auch ist, zu verbessern. Das Fragezeichen steht für die zahlreichen Rückschläge auf dem Weg zur Gleichberechtigung, für die noch immer enorme soziale Ungleichheit von Männern und Frauen in Europa." (Veranstaltungsprospekt)

Nach dem Besuch des dreitägigen Kongresses, der von verschiedenen Institutionen des Landes Bremen und der Europäischen Union, dem Senator für Arbeit und Frauen in Bremen und dem Senator für Gesundheit, Soziales und Jugend in Bremen veranstaltet wurde, überwog allerdings nicht nur bei der Autorin die Skepsis, was die zukünftigen Chancen der Frauen in den europäischen Gesellschaften hinsichtlich ihrer tatsächlichen gesellschaftlichen Gleichstellung und beruflichen Gleichberechtigung betrifft. Zu viele negative Beispiele für die Rolle der Frau auf dem Arbeitsmarkt, wie die überproportional hohe Arbeitslosenquote von Frauen, der hohe Anteil von Frauen an an- und ungelernten Tätigkeiten, der überproportional hohe Anteil von Frauen bei Teilzeitarbeit sowie bei "geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen" weisen auf eine strukturelle Ungleichheit hin, die sich vor allem in schlechterer sozialer Absicherung der Frauen niederschlägt. Die wirtschaftliche Rezession ist für Frauen oft noch bedrohlicher als für Männer, da sie häufiger in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen stehen oder an Arbeitsplätzen ein-

gesetzt werden, die größerer Rationalisierungsgefahr unterliegen. Hinzu kommt, daß in entsprechenden wirtschaftlichen Situationen die Ideologie der Rolle der Frau als "Hausfrau und Mutter" eher wieder propagiert wird, um die Konkurrenz der Frauen auf dem Arbeitsmarkt auszuschalten. Auf der anderen Seite sind Frauen in den höheren Ebenen des Managements, der Verwaltung und der Hochschulen seltener vertreten, als sie es entsprechend ihrer Ausbildung sein könnten. Diese bereits bestehenden Ungleichheiten und die Befürchtung, daß sie sich durch den gemeinsamen europäischen Markt noch vertiefen könnten, haben beispielsweise die Däninnen dazu bewogen, das erste Referendum zum Maastrichter Vertrag scheitern zu lassen, weil sie ihre sozialen Errungenschaften durch die Europäische Union bedroht sahen.

Die Arbeitssituation von Frauen stand daher erwartungsgemäß auch im Mittelpunkt der Vorträge und Diskussionen. Bestandsaufnahmen wurden - je nach Referentin mehr oder weniger - mit der Frage verknüpft, wie sich die Situation der Frauen unter Ausnützung bereits vorhandener rechtlicher und sozialer Instrumente verbessern ließe, und ob noch weitere eingeklagt werden sollten. Dies stieß allerdings zugleich auf die Kritik, daß Frauen sich mit entsprechenden Forderungen wieder in die Ecke der "Schutzbedürftigen" gedrängt würden und sich damit selbst zur sozialen "Randgruppe" degradierten, obwohl sie immerhin 52% der Gesamtbevölkerung der Europäischen Union stellten.

Die Referentinnen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik hatten die Aufgabe, jeweils entsprechend ihrem Erfahrungshorizont die Vor- und Nachteile aufzuzeigen, die die Europäische Union den Frauen bringen wird. Am ersten Tag wurden von Gewerkschafterinnen, Politikerinnen und Wissenschaftlerinnen Übersichtsvorträge zur politischen und wirtschaftlichen Lage

der Frauen in Europa gehalten. Am zweiten Tag fand zunächst eine Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen aus verschiedenen europäischen Staaten zu "Arbeitsmarktchancen und Qualifizierung von Frauen in der Europäischen Gemeinschaft - Handlungsbedarf, Handlungsspielraum, Lösungsstrategien" statt. Am Nachmittag wurden drei Workshops zu den Themenbereichen "Weiterbildung - (K)ein Thema für Staat und Wirtschaft", "Wirtschaft - Das Frauenthema" und "Frauenarbeit und politische Kultur" abgehalten. Die Abschlußveranstaltung war eine "Talk-Runde" mit fünf Journalistinnen aus verschiedenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Während sich die Vorträge am ersten Tag weitgehend auf die Darstellung der Gegebenheiten beschränkten, sollten die Workshops ein Forum für perspektivische und strategische Diskussionen bieten.

Ausgehend von der italienischen Debatte um die "Geschlechterdifferenz" sollte in dem Workshop "Frauenarbeit und politische Kultur" die Frage diskutiert werden, ob die Forderung der kulturellen Neugestaltung des Geschlechterverhältnisses ohne eine Neuverteilung und eine Neubewertung der Arbeit überhaupt möglich sei. Denn internationale Vergleiche zeigen, daß sich die gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Frauen, unabhängig von regionalen, politischen und kulturellen Divergenzen, nur graduell unterscheiden. Im Mittelpunkt der verschiedenen Referate wie beispielsweise zu den "Veränderungen der weiblichen Alltagskultur im Ost-West-Vergleich" (Hannelore Scholz), zu "Teilzeitarbeit und Modernisierung des Geschlechterkontrakts in Europa" (Birgit Pfau-Effinger) oder zur "Feminisierung der Ökonomie - eine Chance der europäischen Modernisierung?" (Adelheid Biesecker) stand daher die Frage, welche neue Rolle der bisher weitgehend mit männlichen Werten besetzte Begriff der Arbeit in einer weiblichen Ökonomie übernehmen müßte. Einig waren sich die Referentinnen darin, daß sich der Stellenwert der Arbeit verändern müsse. An die Stelle von Konkurrenz und Wohlstand (im Sinne von Konsum und Kommerzialisierung), als bisheriges Ziel von Arbeit, müßten Kooperation und das "Wohlergehen der

Menschen" treten, womit gesellschaftlich notwendige Arbeit wie Reproduktion im biologischen wie sozialen Sinn einen neuen Stellenwert erhalte. Ein entsprechendes Konzept könne aber nur dann erfolgreich durchgesetzt werden, wenn heute noch vorherrschende Prinzipien wie unbeschränktes ökonomisches und technologisches Wachstum durchbrochen würden und durch andere Prinzipien wie Partnerschaft, allgemeine Vorsorge und Akzeptanz unterschiedlicher Lebensformen ersetzt werden (Biesecker). Eine solchermaßen anerkannte Neuorientierung der Arbeit sollte dann zur Aufkündigung des herrschenden Geschlechterkontrakts führen, zum Aufbrechen alter Machtverhältnisse und zur Entwicklung neuer Strukturen, um eine tatsächliche Gleichstellung der Frauen zu erreichen.

Alle Referentinnen mußten einräumen, daß ein solches Konzept von Arbeit nur gegen den Widerstand der meisten Männer durchzusetzen sein wird, da es Machtstrukturen in Frage stellt und Privilegien bedroht. Die Erfahrungen der Frauen aus der ehemaligen DDR, deren wirtschaftliche Stellung im europäischen Vergleich immer als vorbildlich dargestellt wurde, lehrt denn auch, wie schnell Rechte zugunsten politischer Opportunität veräußert werden können. Verständlicherweise konnten weder die Referentinnen noch die Zuhörerinnen des Workshops Patentrezepte anbieten, mit denen sich die Situation der Frauen in Europa kurzfristig verändern ließe. Es wurde jedoch deutlich, daß die Frauen - zumindest in diesem Forum - nicht bereit sind, sich weiterhin in die "Opferrolle" drängen zu lassen oder sich mit ihr abzufinden.

Verschiedene Handlungsebenen wurden angesprochen, über die Frauen Einfluß nehmen könnten: auf der politischen Ebene Europas existiert im europäischen Parlament bereits seit 1979 ein Frauenausschuß, der sich für die Chancengleichheit der Frauen in Europa einsetzt. Gleichzeitig wurde aber vor zu großen Hoffnungen gewarnt, denn die europäische Ebene könne nicht die Probleme lösen, die bereits in der nationaler Politik gescheitert seien. Frauen sollten sich daher verstärkt in die nationale Politik einmischen und so darauf dringen, daß Frauenthemen Eingang in den "mainstream" der Poli-

tik fänden und nicht immer als "Randprobleme" behandelt würden. Im wissenschaftlichen Bereich sollten die weitgehend bekannten "Defizitanalysen" zur sozialen und politischen Situation der Frauen zugunsten perspektivischer, strategischer und konzeptioneller Diskussionen abgelöst werden. Im wirtschaftlichen Bereich erscheint die Bildung von Frauennetzwerken am sinnvollsten, um eine wirksame Gegenmacht zu den männlichen Lobbyisten aufzubauen.

Frauen erobern Europa!? Am Ende einer solchen Veranstaltung, die zugegebenermaßen informativ und anregend war, die Diskussionsmöglichkeiten bot, deren Netzwerkborse zeigte, welche Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten bzw. Existenzgründungs- und Förderprogramme für Frauen existieren, bleiben mir aber doch Zweifel, ob hier versucht wurde, das Bild eines neuen "Europas der Frauen" zu entwerfen oder ob nicht ohnehin privilegierte Frauen nur "ihren Teil" an einem bereits etablierten Europa forderten. Denn laut Veranstaltungsprospekt sollten sich "Frauen aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft [treffen] _ Begegnen sollen sich die Sachbearbeiterin, Professorin, Unternehmerin und Studentin, die Frau im kleineren und mittleren Betrieb, in Verwaltung, Gewerkschaft und die Frau im Verein, Verband und Projekt." Weitgehend ausgeschlossen waren - auch bereits durch die Höhe der Kongreßgebühren - arbeitslose Frauen, Sozialhilfeempfängerinnen, Migrantinnen, Hausfrauen und Rentnerinnen. Ihre Situation wurde zwar in einigen Referaten thematisiert,

allerdings beschränkte sich die Analyse auf die Gegebenheiten in den Staaten der Europäischen Union. Nicht berücksichtigt wurde die problematische Situation der Frauen in osteuropäischen Staaten - obwohl sich die Tagung zumindest ihrem Titel nach ja nicht nur auf den geographischen und politischen Raum der Europäischen Union bezog. Weitere Themen wie der erstarkende Nationalismus in weiten Teilen Europas, einhergehend mit Abschottungstendenzen der Europäischen Union und den hieraus zu erwartenden politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen blieben ebenfalls undiskutiert. Notwendig wäre die Beschäftigung und Auseinandersetzung mit entsprechenden Themen auch deswegen, weil sich Westeuropäerinnen und Westeuropäer angesichts der Auflösung der politischen Blöcke, einer in allen Staaten bedrohlichen wirtschaftlichen Rezession und unvorhersehbaren politischen Entwicklungen in einigen osteuropäischen Staaten fragen müßten, ob der Erhalt einer künstlichen "Wohlstandinsel Westeuropa" eigentlich noch zeitgemäß und auf Dauer politisch durchsetzbar ist, oder ob nicht bereits heute über gesellschafts- und wirtschaftspolitische Alternativen nachgedacht werden müßte.

Christine Zeuner (Dortmund)